



Finanzpolitik im Schneckentempo

Mit gigantischen Milliardenbeträgen haben die Staaten 2008 die Banken vor dem Abgrund gerettet. Gleichzeitig haben dieselben Banken mit Hilfe der konservativen Parteien verhindert, dass die Regeln der Finanzindustrie grundlegend geändert werden. So besitzen heute Banken, Firmen und reiche Privatleute Tausende von Milliarden an Vermögen, während die öffentlichen Gemeinwesen auf riesigen Schuldenbergen sitzen. Viele Staaten sind finanzpolitisch fast handlungsunfähig und der Spekulation gegen ihre Währung schutzlos ausgeliefert. Das ist nicht gut. Thomas Göttin

Neoliberalismus am Anschlag

Die Zunft der neoliberalen Ideologen predigt weiter die gleichen Rezepte, welche das Schlammassel mit verursacht haben: Sparen, Steuer-senken und Schuldenbremsen. Damit aber vertiefen sich die sozialen Unterschiede, die Gesellschaft zerfällt weiter, das Vertrauen in die Wirtschaft geht noch mehr verloren und irgendwann hilft selbst die Geldschwemme der Nationalbanken nicht mehr.

Dabei hatten wir das schon einmal: Vor bald hundert Jahren hat der gleiche Sparreflex zu der dramatischen Wirtschaftssituation in Europa und der entsprechenden politischen Katastrophe geführt. Einzelnen Ideologen dämmert es langsam: die konservativen Publizisten Charles Moore (England) und Frank Schirrmacher (Deutschland) fragen sich, ob die Linke am Ende nicht doch Recht hat mit ihrer Kritik

am neoliberalen System. Irgendwann ab den 1980er Jahren ist aus einer Wirtschaftstheorie eine Ideologie geworden. Ideologien unterscheiden sich von Theorien dadurch, dass sie jeglichen Bezug zur Wirklichkeit verloren haben. Beim unübersehbaren Widerspruch zur Realität wird nicht etwa die Theorie revidiert, sondern die Wirklichkeit ins Schema der Ideologie gemurkt, bis es nicht mehr geht. Beat Kappeler kapitulierte kürzlich, indem er wörtlich sagte: «Es gibt keine Lösung» und Thomas Held sieht nur noch «Armageddon» am Horizont – den Untergang.

Konservative Publizisten fragen sich, ob die Linke nicht doch Recht hat mit ihrer Kritik am neoliberalen System.



Mit leeren Taschen lässt sich kein Staat machen.

Neue Rezepte

Schwierig ist es, unter diesen Vorzeichen eine zeitgemässe lokale Finanzpolitik zu betreiben. Denn spätestens bei der nächsten Budgetdebatte werden uns von den rechten Parteien erneut die alten Rezepte um die Ohren geschlagen. Bei schwieriger Wirtschaftslage legt die Stadt für 2012 ein ausgeglichenes Budget vor – der Kanton budgetiert ein Defizit – und hat sämtliche Bilanzfehlbeträge abgeschrieben. Trotzdem wollen die bürgerlichen Par-

teien von SVP bis GLP das Budget für weitere Sparauflagen zurückweisen.

Lokale bürgerliche Finanzpolitik ist seit Jahren ein Wettbewerb um Sparmassnahmen. Die wenigsten PolitikerInnen und Parteien trauen sich aus dem Wettbewerb auszusteigen aus Angst vor Medienschelte und (vermeintlichen) Wahlverlusten. Kleine Fortschritte sind immerhin auszumachen: Steuersenkungen auf der Tiefsteuer-Insel Schweiz verlieren langsam ihre Glaubwürdigkeit, sachte darf man Projekte wie Erbschaftssteuer oder die Abschaffung der Pauschalsteuer anstossen. Selbst die lokale FDP hat kürzlich von städtebaulichen Auf-

gaben gesprochen wie dem neuen Bahnhof oder einer neuen Innenstadt-Achse für den öffentlichen Verkehr. Möglicherweise sieht auch sie irgendwann ein, dass das Verlotternlassen der Infrastrukturen zugunsten von Steuersenkungen langfristig nicht der richtige Weg ist.

Kleine Schritte

Derzeit ist linke lokale Finanzpolitik leider kaum mehr als eine Politik im Schneckentempo: Sich dafür einsetzen, dass die Finanzen für Bildungs- und Sozialeinrichtungen nicht weiter zusammengestrichen werden, dass Kultur ihre öffentlichen Plattformen hat und dass das gesellschaftliche Vertrauen nicht verspielt wird. Erst wenn sich eine neue Generation von WirtschaftspolitikerInnen auch im bürgerlichen Lager von der neoliberalen Ideologie verabschiedet, wird eine innovativere, mutigere Finanzpolitik mehrheitsfähig. Sie muss alle politischen Ebenen umfassen: eine grundlegende Regulierung der Banken, eine Transformation des Steuersystems weg von der Arbeit hin zu den natürlichen Ressourcen und einen besseren sozialen Ausgleich. Wenn es dann nicht zu spät ist ...



Thomas Göttin
Co-Präsident SP Stadt Bern und Stadtrat

Starker Wirtschaftsraum Bern

Grossratsdebatten werden durch ländliche Vertreter geprägt. Manch eine Oberländerin erweckt den Eindruck, das Geld fliesse von den Bergen in die Stadt hinunter. Der Emmentaler hat das Gefühl, in der Hauptstadt werde zu viel Geld ausgegeben. Und der Berner Jura fühlt sich vom Zentrum vernachlässigt. Matthias Burkhalter

Die Wirklichkeit ist anders: Ohne die Region Bern wäre der Kanton nicht überlebensfähig. In unserer Region leben 385 000 Einwohner und Einwohnerinnen. Täglich arbeiten über 290 000 Erwerbstätige im Wirtschaftsraum Bern. Satte 8,9 Prozent mehr als noch vor zehn Jahren. Der Motor der Berner Wirtschaft brummt im Bärengraben und nicht auf den Alpen und Feldern. In der Region werden über 40 Prozent des kantonalen Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet. Pro Kopf sind dies 82 120 Franken. Der Durchschnitt beträgt im gesamten Kanton 59 101 und in der Schweiz 62 812 Franken.

Wäre die Region Bern ein eigener Kanton, so liesse sich dieser mit den wirtschaftlich erfolgreichsten Konkurrenten vergleichen. Etwa Platz 5 wäre für uns drin. Das ist aber nicht unser primäres Ziel. Die Region Bern steht zu den Randregionen. Wir sind bereit, die Kosten zu bezahlen, denn wir setzen nicht nur auf materielle Werte und tiefe Steuern. Wir wollen einen lebenswerten Gesamtkanton.

Viel Dienstleistung, wenig Landwirtschaft

Der Kanton Bern hat gegenüber den anderen Kantonen der Schweiz in den letzten Jahren Boden gut gemacht. Der Rückstand beim Volkseinkommen ist kleiner geworden. Und der Kanton Bern ist kein Agrarkanton. 68,7 Prozent des Einkommens werden im Dienstleistungssektor erzielt. Die Landwirtschaft trägt bloss mit 6,8 Prozent zur Wertschöpfung bei. In der Region erbringt der Tertiärsektor sogar 79,9 Prozent und die Landwirtschaft ist mit 3,7



© Bern Tourismus

Die Region Bern ist der Wirtschaftsmotor des Kantons.

Prozent nur noch am Rande vertreten. Die Region Bern hat aber auch einen starken Industrie- und Gewerbesektor – rund ein Sechstel des Volkseinkommens wird in diesem Sektor erwirtschaftet. Mit andern Worten: In der Region Bern wird wenig geackert, viel geschuftet und noch mehr gedacht, verwaltet und gefördert.

Erstklassige Standortqualität

Die Region Bern überzeugt mit ihren Vorteilen. Bern ist verkehrsmässig hervorragend erschlossen. Die Hochschulen geniessen einen auch international beachtlichen Ruf. Die Bildung hat einen hohen Stellenwert – trotz der Bedrohung durch unsinnige Sparprogramme. Im Medizinalbereich, bei den Kommunikationstechnologien und auch im Verwaltungsbereich haben sich in der Region ausgeprägte nationale und sogar europäische Schwerpunk-

te gebildet, dies auch mit Hilfe einer aktiven Wirtschaftspolitik der Stadt und Region Bern. Die Clusterpolitik nimmt erfolgreiche Entwicklungen auf und verstärkt diese. Die kantonale Volkswirtschaftsdirektion setzt die richtigen Ziele und die städtischen und regionalen Konzepte sind in die Zukunft gerichtet.

Die SP fördert die Wirtschaft. Es sind andere Parteien, die sie durch unsinnige Bremsmanöver aus dem europäischen Wirtschaftsraum auszuschliessen drohen. Die wirtschaftliche Entwicklung ist aber nicht Selbstzweck. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten muss jede Leistung nachhaltig sein. Die wirtschaftliche Entwicklung soll allen Bernerinnen und Bernern dienen. Die Natur muss intakt bleiben und die Ressourcen müssen auch für unsere Nachkommen reichen.

Und was wünsche ich der Region Bern? Die Förderung der Universität, einen Campus für die Fachhochschule, eine praxisbezogene Pädagogische Hochschule, die Pflege der beruflichen Aus- und Weiterbildung, volles Engagement bei den Grund- und Mittelschulen. Kurz: schlaue Köpfe, flinke Hände und eine gute Verteilung des Wohlstands auch für jene, die etwas langsamer sind.

DV SP SCHWEIZ

Suche nach Mitgliedern für die Delegiertenversammlung SP Schweiz

Anforderungen: SP-Mitglied | Interesse an nationaler Politik | Bereitschaft, regelmässig an den ganz-tägigen Delegiertenversammlungen und Parteitag der SP Schweiz teilzunehmen.

Pro Jahr finden 2 bis 3 Delegiertenversammlungen sowie ein Parteitag statt, jeweils samstags, ca. 10 – 16 Uhr. Dazu kommen die Vorbereitungssitzungen der Delegierten der SP Kanton Bern.

Neu stehen unserem Regionalverband 17 Sitze zur Verfügung. Diese werden auf die drei Wahlkreise der SP Region Bern-Mittelland aufgeteilt. Von den 18 Bisherigen stellen sich 11 zur Wiederwahl. Es werden insbesondere Mitglieder aus dem Wahlkreis Mittelland-Süd gesucht.

Bewerbungen bis am 10. Oktober 2011 mit Angaben zur Person und den politischen Tätigkeiten an: SP Region Bern-Mittelland, Postfach 1096, 3000 Bern 23 oder an leyla.guel@spbe.ch.

Nomination am regionalen Parteitag vom 16. November 2011.



Matthias Burkhalter

Präsident SP Region Bern und Grossrat

Die Folgen einer Steuersenkung

Köniz hat aktuell Finanzprobleme. Mit ein Grund ist eine Steuersenkung, die 2009 auch mithilfe der SP beschlossen worden war. Mit einem grossen Polster Eigenkapital von fast 3 Steuerzehnteln schien eine moderate Steuersenkung denkbar.

Rückblickend stellt sich die Frage, ob der Entscheid voreilig war. Denn bereits ein Jahr später musste sich das Könizer Parlament über ein defizitäres Budget senken. Mit einem umfassenden Stabilisierungsprogramm sollen die Finanzen von Köniz bis 2014 wieder ins Lot gebracht werden.

regiolinks sprach mit dem Könizer Gemeindepräsidenten Luc Mentha über die finanzpolitische Zukunft der viertgrössten Berner Gemeinde.

Luc, Köniz hat 2010 die Steuern gesenkt. Wie stehst du rückblickend dazu?

Wir haben entschieden, 2010 die Steuern um 0,5 Steuerzehntel zu senken, um einen Teil der Steuererhöhung von 2004 rückgängig zu machen. 2004 waren die Steuern erhöht worden mit dem Versprechen, diese wieder zu senken, wenn sich die finanzielle Lage der Gemeinde verbessert. 2009 hatten wir ein Eigenkapital von fast 3 Steuerzehnteln bzw. 15,5 Mio. Franken. Vor diesem Hintergrund war die Steuersenkung vertretbar. Was wir nicht wussten, war,

dass der Grosse Rat im März 2010 eine happige Steuersenkung beschliessen und so ein zusätzlicher Einnahmenverlust in Millionenhöhe entstehen würde. Dieser unberechenbare und wenig gemeindeverträgliche Entscheid hat uns in Schwierigkeiten gebracht.

Gibt es auch positive Effekte der Steuersenkung?

Der Effekt lag eher im psychologischen Bereich; wir konnten in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation ein positives Zeichen setzen. Unsere Steuersenkung hat im Budget einer Familie nüchtern betrachtet fast nichts ausgemacht.

Der Gemeinderat hat im April 2011 ein Stabilisierungsprogramm vorgelegt. Was sieht es im Wesentlichen vor?

Insgesamt hat der Gemeinderat 150 Massnahmen geprüft, 59 beschlossen, 14 zu weiteren Abklärungen zurückgewiesen, 3 als eventuelle Massnahmen eingestuft und 72 verworfen. Das Programm, das laufend überprüft und noch angepasst wird, beinhaltet nicht nur Aufgabenreduktionen und Effizienzsteigerungen, sondern auch Einnahmenerhöhungen. Die wichtigste Massnahme im Bereich Effizienzsteigerung ist die Reduktion der Arbeitszeit beim gesamten Personal von 42 auf 41 Stunden. Die Hälfte wird über

den Nicht-Ausgleich der Teuerung finanziert. Bei den Einnahmenerhöhungen finden sich die Anpassung der Parkkarten, Mehrwertabgaben bei Planungsgeschäften sowie Baurechtszinsen für Land, das wir Investoren im Baurecht zur Verfügung stellen. Bei der Aufgabenreduktion haben wir die speziellen Sekundarklassen, die dem Gymnasium Lerbermatt angegliedert sind, zur Diskussion gestellt. Verzichtet wird auch auf die Sonntagsreinigung der öV-Haltestellen. Als Eventualmassnahme ist eine Steuererhöhung vorgesehen, falls es mit diesen Massnahmen nicht gelingt, den Finanzhaushalt bis 2014 wieder zu stabilisieren.

Gibt es Bereiche, die für dich als SP-Politiker für Sparübungen nicht infrage kommen?

Ja: die Entlassung von Personal oder massive Einsparungen in sensiblen Bereichen wie Bildung und Sozialem. Gerade wegen der labilen Wirtschaftslage müssen wir dafür sorgen, dass Menschen, die davon betroffen sein könnten,

«Die Entlassung von Personal oder massive Einsparungen im Bildungs- und Sozialbereich kommen nicht infrage.»

die nötige Unterstützung erhalten. Das ist in Köniz auch nach dem Stabilisierungsprogramm sichergestellt.

Wie sehen die Finanzperspektiven heute aus?

Die Situation hat sich entspannt. Mit dem Stabilisierungsprogramm erzielen wir Verbesserungen von rund 6 Millionen Franken. Die Jahresrechnung 2010 schloss deutlich besser ab als budgetiert – mit einem Defizit von rund 160 000 statt 2 Mio. Franken. Das Budget 2011 wurde mit einer deutlich reduzierten Defizitvorgabe verabschiedet. Zudem entwickeln sich die Steuereinnahmen recht erfreulich. Ich bin zuversichtlich, dass wir die Stabilisierung erreichen, ohne den Service Public in Köniz unverantwortlich zu tangieren, wobei ich natürlich nicht voraussagen kann, wie sich die Weltwirtschaftslage entwickeln und welche Auswirkungen diese auf Köniz haben wird.

Interview: Leyla Gül



Die Könizer Steuersenkung hat im Budget einer Familie nüchtern betrachtet fast nichts ausgemacht.



Luc Mentha ist Gemeindepräsident von Köniz und seit 2010 im Grossen Rat.

Quo vadis Berner Nachtleben?

In den letzten Monaten schlug die Diskussion um das Berner Nachtleben hohe Wellen: Nach einem etwas verunglückten ersten Anlauf einigte sich die Stadt mit den Gastgewerbebetrieben in der Aarberggasse auf ein gemeinsames Sicherheitskonzept.

Für erneute Aufregung sorgte die Ankündigung von zwei Clubs in der unteren Altstadt, dass ihnen aufgrund von Lärmklagen die Schliessung drohe. Der Gemeinderat hat als Reaktion darauf ein Konzept für das Berner Nachtleben in Aussicht gestellt.

regiolinks hat sich beim Regierungsstatthalter danach erkundigt, wie die juristischen Rahmenbedingungen bei Überzeitbewilligungen und Lärmklagen aussehen.

Christoph Lerch, wie läuft ein Bewilligungsverfahren für einen Gastgewerbebetrieb in der Stadt Bern ab? Gibt es Unterschiede im Verfahren für einen Restaurant- und einen Clubbetrieb?

Die brisantesten Unterschiede betreffen sicher die Frage, ob generelle Überzeit beantragt wird und ob Alkohol ausgedient werden soll. Für beides braucht es eine spezielle Baubewilligung. Überzeit über die Polizeistunde von 00.30 hinaus kann in Konflikt geraten mit der Zonenordnung der Gemeinde, wenn sie für dieses Gebiet das Wohnen privilegieren und damit die Nachtruhe schützen will.

Welches ist Deine Rolle im Verfahren?

Sobald es eine Bewilligung nach Gastgewerbegesetz braucht, ist der Regierungsstatthalter Bewilligungsinstanz und der Betreiber braucht neben der Baubewilligung eine Gastgewerbebewilligung. Grundsätzlich habe ich dabei alle massgebenden Bestimmungen zu beachten – im Bundesrecht ist das z. B. das Umweltschutzgesetz mit der Lärmschutzverordnung, im kantonalen Recht das Gastgewerbegesetz und im Gemeinderecht die Zonen- und Nutzungsordnung (Bauordnung). Zudem darf kein Strafregistereintrag in Bezug auf gastgewerbliche Tätigkeiten vorhanden sein.

Impressum

Herausgeberinnen: SP Region Bern-Mittelland und SP Stadt Bern, Monbijoustrasse 61, Postfach 1096, 3000 Bern 23, 031 370 07 90, bern@spbe.ch
www.spmittelland.ch, www.spbern.ch
Redaktion: Leyla Gül, Marc Gebhard, Christa Luginbühl, Ursula Marti, Corinne Mathieu

Foto: Michael Epp



Das Clubleben von heute hat sich verändert und gerät in Konflikt mit der Wohnnutzung.

Wie laufen die Lärmmessungen der Fachstelle der Kantonspolizei ab?

Die Fachstelle der Kapo misst nach einem standardisierten Verfahren, also immer gleich. Die Messungen werden fast ausschliesslich zur Nachtzeit durchgeführt, da diese tagsüber aufgrund des hohen Umgebungslärms meistens nicht möglich sind. Dabei werden die Immissionen bei verschiedenen Musikschallpegeln auf der Anlage des Betreibers ermittelt und beurteilt. Die geplante Lautstärke wird also simuliert, indem Musik mit typischen Frequenzen abgespielt und der «Lärm» bei den am stärksten betroffenen Nachbarn gemessen wird. Während den Betriebszeiten werden nur Kontrollen in Bezug auf die Einhaltung des vorgeschriebenen Schallpegels im Lokal selber durchgeführt.

Dieses Vorgehen stösst in der Szene nicht immer auf Verständnis. Es hat den Vorteil, dass tatsächlich nur der Schall der Musik, die vom Betrieb ausgeht, gemessen wird, und nicht weiterer Lärm. So kann man Einwände ausschliessen, während des Messvorgangs hätten auch noch fremde Lärmquellen eingewirkt, wie z. B. Regen oder Verkehr.

In der Diskussion um die angekündigte Schliessung von zwei Clubs wurde angeregt, das Beschwerderecht der Anwohnenden einzuschränken. Wie beurteilst du diese Möglichkeit vom juristischen Standpunkt aus?

Nachbarn einer Anlage sind von dieser speziell betroffen, das gilt für alle Anlagen wie Strassen und Bauten, aber eben auch für Gastgewerbe-

betriebe. Ist eine Anlage baubewilligungspflichtig, so haben die Nachbarn das Recht, ihren Rechtsstandpunkt geltend zu machen. Diese Spielregeln sind für mich nicht etwas Formaljuristisches. Es sind Regeln, die sich auch in alltäglichen Konfliktsituationen bewähren: sich gegenseitig zuhören, eine faire Lösung suchen.

Das Clubleben hat sich verändert und gerät heute in Konflikt mit der Wohnnutzung, die Nachtruhe wünscht, aber auch mit gewerblicher Nutzung, die am Morgen danach nicht putzen statt arbeiten will. Die Gemeinde kann veränderten Interessen mit einer Änderung von Nutzungsordnung oder (Ausgeh-)Konzepten Rechnung tragen und dafür die demokratische Auseinandersetzung führen. Im Einzelfall hat aber der Regierungsstatthalter das geltende Recht anzuwenden.

Wann warst Du zum letzten Mal im Ausgang?

Im August haben meine Frau und ich die Freilichtaufführung des «Glöckners» in Schwarzenburg besucht. Die Aarberggasse besuche ich von Amtes wegen. In der Reitschule geniesse ich ab und zu Kulturveranstaltungen und meine Söhne halten mich auf dem Laufenden, was abgeht, wenn Leute wie ich schlafen.

Interview: Corinne Mathieu



Christoph Lerch ist seit 2010 Regierungsstatthalter der Region Bern-Mittelland.